

Ausservertragliches Haftpflichtrecht

von

Heinz Rey

em. Professor der Universität Zürich

4. überarbeitete und ergänzte Auflage

Schulthess § 2008

Inhaltsverzeichnis

1. TEIL: EINFÜHRUNG IN DIE GRUNDLAGEN

§ 1	Begriff und Funktionen des ausservertraglichen Haftpflichtrechts	3
I.	Zum Begriff «ausservertragliches Haftpflichtrecht»	3
II.	Funktionen des Haftpflichtrechts	4
§ 2	Grundlagen der Schadensabwälzung	7
I.	Der Grundsatz «casum sentit dominus» und seine Ausnahmen	7
II.	Verschuldensprinzip	7
1.	Allgemeines	7
2.	Objektivierung des Verschuldensprinzips	8
3.	Bedeutungsverlust des Verschuldensprinzips	8
III.	Haftungstatbestände	9
1.	Übersicht	9
A.	Traditionelle Haftungstatbestände	9
B.	Vertrauenshaftung	10
2.	Verhältnis zwischen den Haftungstatbeständen – Anspruchskonkurrenz	11
IV.	Haftungsprinzipien (Haftungsgründe) und Motivierung – Zurechnungskriterien	13
§ 3	Haftungsarten	15
I.	Verschuldenshaftung	15
II.	Kausalhaftungen	16
1.	Merkmale	16

2. Kategorien der Kausalhaftungen	18
A. Einfache (gewöhnliche, milde) Kausalhaftungen	18
B. Gefährungshaftungen	19
C. Kausale Freistellungshaftungen	20
III. Anhang: Staats- und Beamtenhaftung	21
1. Staats- und Beamtenhaftung nach öffentlichem Recht	22
A. Allgemeines	22
B. Grundstrukturen der Staats- und Beamtenhaftungen	24
C. Haftungsvoraussetzungen	25
2. Staats- und Beamtenhaftung nach Privatrecht	28
A. Allgemeine Voraussetzungen	28
B. Haftungsarten und einzelne Haftungsbestimmungen	29
C. Speziell: Haftung nach Privatrecht bei «gewerblichen» Verrichtungen durch öffentliche Beamte und Angestellte (Art. 61 Abs. 2 OR)	29
2. TEIL: ALLGEMEINE VORAUSSETZUNGEN DER AUSSEVERTRAGLICHEN HAFTPFLICHT UND VERSCHULDENSHAFTUNG	
§ 4 Schaden	35
I. Zum Schadensbegriff	38
1. Der vorherrschende klassische Schadensbegriff	38
2. Neuere Tendenzen in der begrifflichen Erfassung des Schadens	42
A. Allgemeines	42
B. «Normativer» Schadensbegriff	42
C. Teilweise ökonomisch strukturierter Schadensbegriff	43
a. Ökonomische Komponenten des Schadensbegriffs aufgrund der «Kommerzialisierungsthese» und der «Frustrationsthese»	44
b. Ökonomisch strukturierter Schadensbegriff auf der Grundlage der «ökonomischen Analyse des Rechts» (ÖAR)	44

II.	Schadensarten und Schadensberechnung	46
1.	Allgemeines	46
A.	Erfordernis der Unterscheidung zwischen einzelnen Schadensarten (Bildung von Schadenskategorien)	46
B.	Schadensberechnung	47
a.	Begriff und Anwendungsgrundsätze	47
b.	Schadensberechnung als Grundlage der Schadenersatzbemessung	49
c.	Speziell: Vorteilsanrechnung (Vorteilsausgleichung)	49
d.	Zeitpunkt der Schadensberechnung	51
2.	Personenschaden	51
A.	Zum Begriff	51
B.	Erscheinungsbilder	52
a.	Körperverletzung	52
b.	Tötung	53
C.	Schadensposten bei Körperverletzung	54
a.	«Kosten» (Art. 46 Abs. 1 OR)	54
b.	Finanzielle Nachteile infolge von Arbeitsunfähigkeit (Art. 46 Abs. 1 OR)	55
aa.	Allgemeines	55
bb.	Vorübergehende Arbeitsunfähigkeit	55
cc.	Dauernde Arbeitsunfähigkeit (Invaliditätsschaden)	57
dd.	Erschwerung des wirtschaftlichen Fortkommens	59
ee.	Haushaltschaden	60
ff.	Rentenschaden	60
gg.	Pflege- und Betreuungsschaden	61
hh.	Zur Ausgestaltung des Schadenersatzes (Rente oder einmalige Kapitalzahlung)	61
ii.	Rektifikationsvorbehalt und Vorbehalt nachträglicher Schadenersatzklage	63
c.	Sonderproblem: Verlust eines paarigen Organs und Hirnschädigung	64
D.	Schadensposten bei Tötung	65
a.	Allgemeines	65
b.	Bestattungskosten	65
c.	Kosten versuchter Heilung und Nachteile infolge der Arbeitsunfähigkeit vor dem Tode	66
d.	Versorgerschaden	66
aa.	Allgemeines	66
bb.	Voraussetzungen	67
cc.	Umfang des Versorgerschadens	68

dd.	Abzüge	70
ee.	Berechnung des Versorgerschadens	71
ff.	Form des Schadenersatzes	72
E.	Sonderfall: Haushaltschaden als «normativer Schaden»	72
3.	Sachschaden	73
A.	Zum Begriff	73
B.	Schadensposten	74
a.	Schadensposten bei unmittelbaren Schäden	74
b.	Schadensposten bei mittelbaren Schäden	74
aa.	Allgemeines	74
bb.	Verlust von Nutzungsvorteilen	75
C.	Berechnung	76
a.	Subjektive Berechnung	76
b.	Objektive Berechnung	78
D.	Form des Schadenersatzes	78
4.	«Übriger» Schaden	79
5.	Mittelbarer und unmittelbarer Schaden	79
6.	Damnum emergens und lucrum cessans	81
7.	«Direkter» Schaden und Reflexschaden	82
A.	«Direkter» Schaden	82
B.	Reflexschaden	83
a.	Grundsatz: Keine Haftung für Reflexschäden	83
b.	Ausnahmen	83
aa.	Versorgerschaden	83
bb.	Widerrechtlich verursachter Reflexschaden durch Verletzung einer aufgrund ihres Schutzzweckes besonderen Verhaltensnorm	84
c.	Sonderfall: Drittschadensliquidation	84
8.	Kommerzialisierungs- und Frustrationsschäden als ersatzfähige Vermögensschäden?	86
A.	Ausgangslage	86
B.	Kommerzialisierungsschaden	87
C.	Frustrationsschaden	89
9.	Abgrenzung: Positives und negatives Interesse; Erhaltungs- oder Integritätsinteresse	90
III.	Schadenersatzbemessung	91

1. Allgemeines	91
2. Elemente der Schadenersatzbemessung	91
A. Grösse des Verschuldens des Haftpflichtigen	91
B. Selbstverschulden	92
C. Weitere Elemente der Schadenersatzbemessung	96
a. (Mitwirkender) Zufall	96
b. Besondere Art des (mitwirkenden) Zufalls: Konstitutionelle Prädisposition	97
c. Gefälligkeit	98
d. Besondere wirtschaftliche und soziale Stellung der Parteien	99
aa. (Drohende) Notlage des Haftpflichtigen	99
bb. Ungewöhnlich hohes Einkommen des Geschädigten	100
IV. Abgrenzung: Immaterielle Unbill und Genugtuung	100
1. Allgemeines	100
A. Struktur der immateriellen Unbill und Funktion der Genugtuungsleistung	100
B. Gesetzliche Grundlagen für die Zusprechung einer Genugtuungsleistung	102
2. Voraussetzungen der Zusprechung einer Genugtuungsleistung	103
A. Vorliegen immaterieller Unbill (tort moral)	103
a. Immaterielle Unbill im Zusammenhang mit Körperverletzung und Tötung (Art. 47 OR)	103
b. Immaterielle Unbill im Zusammenhang mit einer «schweren» Persönlichkeitsverletzung (Art. 49 OR)	105
aa. «Schwere» Persönlichkeitsverletzung als immaterielle Unbill	105
bb. Fallgruppen	106
c. Verhältnis zwischen Art. 47 und 49 OR	108
B. Kausalzusammenhang	108
C. Widerrechtlichkeit	108
D. Verschulden (bei gleichzeitiger Verschuldens- haftung)	109
E. Weitere Voraussetzungen der Zusprechung einer Genugtuungsleistung	110
a. «Bewusstsein» des Verletzten	110
b. Negative Voraussetzungen	111

aa.	Keine andersartige Wiedergutmachung der immateriellen Unbill	111
bb.	Kein stossendes bzw. unbilliges Ergebnis durch Zusprechung einer Genugtuungsleistung (falls zwischen den Beteiligten eine besondere persönliche Beziehung besteht)	111
3.	Bemessung	112
A.	Allgemeines	112
B.	Faktoren	113
a.	Schwere der immateriellen Unbill	113
b.	Schwere des Verschuldens seitens des Haftpflichtigen und Selbstverschulden des Geschädigten	114
c.	Aussicht auf Linderung des Schmerzes	115
d.	Weitere besondere Umstände	115
C.	Massgebender Zeitpunkt für die Bemessung der Genugtuungsleistung und des Genugtuungszinses	115
D.	Kasuistik	116
a.	Genugtuungssummen bei Körperverletzung gestützt auf Art. 47 OR	116
b.	Genugtuungssummen bei Tötung gestützt auf Art. 47 OR	117
c.	Genugtuungssummen an Angehörige eines Schwerverletzten gestützt auf Art. 49 OR	117
d.	Genugtuungssummen an Opfer von sexuellen Handlungen gestützt auf Art. 49 OR	118
4.	Arten der Genugtuungsleistung	118
§ 5	Kausalzusammenhang	121
I.	Natürlicher Kausalzusammenhang	122
II.	Adäquater Kausalzusammenhang	123
1.	Funktionen des (juristischen) adäquaten Kausalzusammenhangs	123
2.	Sogenannte Adäquanzformel	124
3.	Einzelne Aspekte der Adäquanzformel	125
A.	Adäquater Kausalzusammenhang setzt natürliche Kausalität voraus	125
B.	Objektive Betrachtungsweise	126
C.	Ausschluss von seltenen Bedingungsverhältnissen	126

D.	Adäquanz und Zeitfaktor	127
a.	Sogenannte objektiv-nachträgliche Prognose	127
b.	Kein Einfluss des Zeitablaufs	127
E.	Adäquanz entfernter Teilursachen	127
F.	Kritik	128
4.	Abgrenzung: Nicht adäquater (inadäquater) Kausalzusammenhang	129
III.	Unterbrechung des adäquaten Kausalzusammenhangs	130
1.	Ausgangslage	130
A.	Grundsatz	130
B.	Rechtsgrundlagen	130
C.	Vorgehen	131
2.	Bedeutsamste Unterbrechungsgründe	131
A.	Schweres Selbstverschulden	131
B.	Schweres Drittverschulden	133
C.	Höhere Gewalt	134
IV.	Einzelprobleme	134
1.	Zufall als Schadensursache	134
A.	Begriff	134
B.	Haftung für Zufall	135
C.	Besondere Art des Zufalls: Konstitutionelle Prädisposition	135
2.	Kausalität der Unterlassung	137
A.	Grundproblematik	137
B.	Sonderprobleme im Zusammenhang mit der Kausalität der Unterlassung	138
a.	Trennung zwischen natürlichem und adäquatem Kausalzusammenhang	138
b.	Pflichtwidrigkeit der Unterlassung	139
3.	Hypothetische Kausalität	139
A.	Struktur und Bedeutung	139
B.	Fallgruppen	140

a.	Hypothetische Ursache bei Eintritt der realen Ursache bereits wirksam	140
b.	Hypothetische Ursache bei Eintritt der realen Ursache anlagemässig vorhanden, aber noch nicht wirksam	141
c.	Inexistente hypothetische Ursache im Zeitpunkt des Eintritts der realen Ursache	142
4.	Konkurrenz von Gesamtsachen	143
A.	Kumulative Konkurrenz von Gesamtsachen	143
B.	Alternative Konkurrenz potentieller Gesamtsachen	144
5.	Konkurrenz von Teilursachen	145
A.	Mehrere Schädiger wirken zusammen	146
B.	Schädiger und Zufall wirken zusammen	147
C.	Schädiger und Geschädigter wirken zusammen	147
6.	Sogenanntes rechtmässiges Alternativverhalten	148
7.	Beweislasterleichterungen	150
§ 6	Widerrechtlichkeit	153
I.	Funktion	154
II.	Grundlagen	155
1.	Objektive Widerrechtlichkeitstheorie (Normwiderrechtlichkeitstheorie)	155
2.	Subjektive Widerrechtlichkeitstheorie	156
III.	Erscheinungsformen der Widerrechtlichkeit	157
1.	Widerrechtlichkeit als Verstoss gegen eine Norm, welche ein absolutes Recht schützt (Verletzung absolut geschützter Rechtsgüter)	157
A.	Absolutes Recht und absolut geschützte Rechtsgüter	157
B.	Absolute Rechte, Rechtsgüter und entsprechende Schutznormen	158
2.	Widerrechtlichkeit als Verstoss gegen eine aufgrund ihres Schutzzwecks besondere Verhaltensnorm	160
A.	Herbeiführung eines Schadens ohne Verletzung eines absoluten Rechts	160

B.	Aufgrund ihres Schutzzwecks <i>besondere</i> Norm (Schutzzwecklehre und sog. Rechtswidrigkeitszusammenhang)	160
IV.	Einzelprobleme	162
1.	Widerrechtliche Vermögensschädigung (sogenannter reiner Vermögensschaden)	162
2.	(Widerrechtliche) Verletzung relativer Rechte	164
3.	Verletzung des Grundsatzes von Treu und Glauben (Art. 2 Abs. 1 ZGB)	165
4.	Unrichtige Rat- oder Auskunftserteilung	166
5.	Schädigendes Verhalten im Verfahren	168
A.	Prozess- und Verwaltungsverfahren	168
a.	Einleitung ungerechtfertigter prozessualer Massnahmen	168
b.	Erwirken eines falschen Entscheids	169
B.	Betreibungsverfahren	169
V.	Exkurs: Die fünf Grundschutznormen (Lehre von MAX KELLER)	170
1.	Grundlagen	170
2.	Insbesondere Art. 2 ZGB als Grundschutznorm	170
A.	Widerrechtlichkeit wegen Verstosses gegen Treu und Glauben aufgrund eines prozessualen oder verfahrensrechtlichen Verhältnisses	171
B.	Widerrechtlichkeit wegen Verstosses gegen Treu und Glauben aufgrund eines Vertragsverhandlungs- verhältnisses (<i>culpa in contrahendo</i>)	171
C.	Widerrechtlichkeit wegen Verstosses gegen Treu und Glauben durch unrichtige ausservertragliche Auskunft oder Raterteilung	171
D.	Widerrechtlichkeit wegen Verstosses gegen Treu und Glauben durch Inverkehrbringen von Urkunden oder anderen Schriftstücken	172
E.	Vervollständigung der Konkretisierung der rechtlichen Sonderverbindung durch Bildung weiterer Fallgruppen	172
VI.	Gefahrensatz	172

VII. Rechtfertigungsgründe	174
1. Allgemeines	174
2. Einzelne Rechtfertigungsgründe	174
A. Rechtmässige Ausübung öffentlicher Gewalt (Amtpflicht)	174
B. Besondere privatrechtliche Befugnisse	175
C. Einwilligung des Betroffenen	176
a. Allgemeines	176
b. Voraussetzungen der gültigen Einwilligung	176
c. Sonderfälle	177
aa. Einwilligung in ärztliche Eingriffe	177
bb. Einwilligung bei Sportverletzungen	178
D. Notwehr, Notstand und Selbsthilfe	179
a. Notwehr (Art. 52 Abs. 1 OR)	179
b. Notstand (Art. 52 Abs. 2 OR)	180
c. Selbsthilfe (Art. 52 Abs. 3 OR)	181
VIII. Die der Widerrechtlichkeit bei «absichtlicher» Schadensherbei- führung gleichgestellte Sittenwidrigkeit (Unsittlichkeit, Art. 41 Abs. 2 OR)	182
1. Grundlagen	182
2. Anwendungsfälle	184
A. Qualifizierte Verleitung zum Vertragsbruch	184
B. Sittenwidrige Abreden im Zusammenhang mit einer Versteigerung	184
C. Weitere Fälle	185
§ 7 Verschuldenshaftung	187
I. Begriff und Bedeutung des Verschuldens	187
1. Begriff	187
2. Bedeutung	188
II. Subjektive Komponente des Verschuldens: Urteilsfähigkeit	189
1. Bedeutung der Urteilsfähigkeit für die Haftpflicht	189
A. Grundsatz	189

B.	Ausnahmen	189
a.	Billigkeitshaftung des Urteilsunfähigen	189
b.	Haftung bei vorübergehender Urteilsunfähigkeit	190
c.	Analoge Anwendung von Art. 54 OR auf den Urteilsunfähigen als Geschädigten	191
2.	Kriterien zur Feststellung der Urteilsfähigkeit	191
III.	Objektive Komponente des Verschuldens: Vorsatz oder Fahrlässigkeit	193
1.	Vorsatz	193
2.	Fahrlässigkeit	194
A.	Begriff und dessen Problematik	194
a.	Objektivierter Fahrlässigkeitsbegriff	194
b.	Konsequenzen aus der Objektivierung des Fahrlässigkeitsbegriffs	195
c.	Kritik	196
B.	Arten	197
a.	Grobe Fahrlässigkeit	197
b.	Gewöhnliche (mittlere oder mittelschwere) Fahrlässigkeit	198
c.	Leichte Fahrlässigkeit	199
C.	Hilfsmittel zur Feststellung der Fahrlässigkeit	199
a.	Gefahrensatz	199
b.	Weitere Hilfsmittel	200
aa.	Verletzung von polizeilichen Vorschriften	200
bb.	Behördliche Genehmigungen und Bewilligungen	201
cc.	Nachträglich getroffene Schutzmassnahmen	201
dd.	Frühere Schadensereignisse	202

3. TEIL: KAUSALHAFTUNGEN

§ 8	Einfache («gewöhnliche») Kausalhaftungen	205
I.	Geschäftsherrenhaftpflicht (Art. 55 OR)	206
1.	Wesen und Bedeutung	207
2.	Voraussetzungen	208
A.	Geschäftsherr und Hilfsperson (Subordinationsverhältnis)	208

B.	Geschäftliche Verrichtung	211
C.	Misslingen des Sorgfalts- oder Befreiungsbeweises	212
a.	Zum Sorgfaltsbeweis	213
b.	Zum Beweis fehlender Kausalität der Sorgfaltspflichtverletzung	216
3.	Art. 55 OR und Produkthaftpflicht	217
4.	Rückgriff des Geschäftsherrn (Art. 55 Abs. 2 OR)	219
5.	Verhältnis von Art. 55 OR zu Art. 101 OR	220
6.	Verhältnis von Art. 55 OR zu Art. 55 Abs. 2 ZGB	221
II.	Tierhalterhaftpflicht (Art. 56 OR)	222
1.	Wesen und Bedeutung	222
2.	Voraussetzungen	224
A.	Tierhalter	224
B.	«Selbständige» Aktion des Tieres (Schadensverursachung aus «eigenem» Antrieb)	228
C.	Misslingen des Sorgfalts- oder Befreiungsbeweises	230
III.	Werkeigentümerhaftpflicht (Art. 58 OR)	232
1.	Wesen und Bedeutung	232
2.	Voraussetzungen	234
A.	Überblick	234
B.	Gebäude und andere Werke	234
a.	Stabilität	235
b.	Künstliche Herstellung	236
c.	Vollendetes Werk	237
C.	Werkmangel	238
a.	Arten von Werkmängeln	238
aa.	Fehlerhafte Anlage oder Herstellung	238
bb.	Mangelhafter Unterhalt	239
b.	Kriterien zur Beurteilung der Mangelhaftigkeit	240
aa.	Zweckbestimmung des Werks	240
bb.	Objektiver Massstab	240
cc.	Zumutbarkeit	241
3.	Passivlegitimation	242
A.	Grundsatz	242

B.	Ausnahme: Ausdehnung der Passivlegitimation auf Nichteigentümer	243
4.	Einzelprobleme	244
A.	Bestimmungswidriger Gebrauch des Werkes	244
B.	Haftpflicht des Strasseneigentümers	245
IV.	Haftung des Inhabers eines Signaturschlüssels (Art. 59a Abs. 1 OR)	247
1.	Wesen und Bedeutung	248
2.	Voraussetzungen	249
3.	Die Befreiungsmöglichkeit (Art. 59a Abs. 2 OR)	249
4.	Die Umschreibung der Sicherheitsvorkehrungen (Art. 59a Abs. 3 OR)	250
5.	Ergänzende Haftungstatbestände	250
V.	Grundeigentümerhaftpflicht (Art. 679 ZGB)	250
1.	Wesen und Bedeutung	251
2.	Voraussetzung: Überschreitung des Grundeigentumsrechts	251
3.	Aktiv- und Passivlegitimation	254
A.	Aktivlegitimation	254
B.	Passivlegitimation	255
4.	Verhältnis zur Haftung des Werkeigentümers	256
5.	Einzelproblem: Schaden durch ausserordentliche und unvermeidliche, aber erlaubte Einwirkung	256
VI.	Haftpflicht des Familienhauptes (Art. 333 ZGB)	257
1.	Wesen und Bedeutung	257
2.	Voraussetzungen	259
A.	Die Stellung als «Familienhaupt»	259
B.	Schadensverursachung durch aufsichtsbedürftige Hausgenossen	260
C.	Misslingen des Sorgfalts- oder Befreiungsbeweises	262
a.	Sorgfaltsbeweis	262

b.	Beweis fehlender Kausalität der Sorgfaltspflichtverletzung	263
VII.	Produktehaftpflicht nach PrHG	264
1.	Wesen und Entstehungsgeschichte	265
2.	Voraussetzungen	266
A.	Personen- oder Sachschaden	267
a.	Personenschaden	267
b.	Sachschaden	268
aa.	Einschränkung: Relevanter Sachschaden nur bei «privatem» Gebrauch oder Verbrauch	268
bb.	Ausschluss der Geltendmachung von Bagatellschäden (Selbstbehalt)	268
cc.	Abgrenzung: Schäden am fehlerhaften Produkt	269
B.	Schadensverursachung durch ein fehlerhaftes Produkt	269
a.	Zum Begriff «Produkt»	269
b.	Fehlerhaftigkeit des Produkts	271
aa.	Enttäuschung berechtigter Sicherheitserwartungen	271
bb.	Fehlertypen	274
cc.	Sonderproblem: Wirkungsloses Produkt	274
3.	Subjekt der Haftpflicht	275
4.	Entlastungsgründe	276
A.	Fehlendes Inverkehrbringen	276
B.	Kein Fehler zum Zeitpunkt des Inverkehrbringens	277
C.	Herstellung zu privaten Zwecken	278
D.	Herstellung des Produkts nach verbindlichen, hoheitlich erlassenen Normen	278
E.	Entwicklungsrisiken	279
F.	Entlastungsbeweis des Grundstoff- oder Teilproduktherstellers	280
a.	Fehlerhafte Konstruktion des Endprodukts	280
b.	Herstellung nach Anleitung	280
5.	Einzelfragen	281
A.	Mehrere Haftpflichtige	281
B.	Wegbedingung der Haftung	282

C.	Verjährung und Verwirkung	282
a.	Die dreijährige Verjährungsfrist (relative Frist)	282
b.	Die zehnjährige Verwirkungsfrist	283
D.	Verhältnis zu anderen gesetzlichen Bestimmungen – Anspruchskonkurrenz	283
E.	Übergangsrecht	284
§ 9	Gefährdungshaftungen	287
I.	Wesen der Gefährdungshaftungen	287
II.	Überblick über die gesetzlichen Regelungen	289
III.	Die Haftpflicht des Motorfahrzeughalters (Art. 58 Abs. 1 SVG)	291
1.	Wesen und Bedeutung	292
2.	Gesetzliche Grundlagen	292
3.	Voraussetzungen	293
A.	Personen- oder Sachschaden	293
B.	Verursachung durch den Betrieb eines Motorfahrzeugs	294
a.	«Motorfahrzeug» im Sinne des SVG	294
b.	«Betrieb» eines Motorfahrzeugs	295
c.	Spezielle Aspekte beim Kausalzusammenhang zwischen dem Betrieb eines Motorfahrzeugs und dem Schaden	296
C.	Widerrechtlichkeit	297
4.	Ergänzende Haftungstatbestände	297
A.	Haftpflicht für Nichtbetriebs-Verkehrsunfälle (Art. 58 Abs. 2 SVG)	297
B.	Haftpflicht für Schäden infolge Hilfeleistung nach einem Unfall (Art. 58 Abs. 3 SVG)	298
5.	Aktiv- und Passivlegitimation	299
A.	Aktivlegitimation	299
B.	Passivlegitimation	300
a.	Der Halter	300
b.	Der Garagist	302
c.	Der Veranstalter von Rennen	302
d.	Der Strolch	303

e.	Nationaler Garantiefonds	303
f.	Der Kanton	303
6.	Ausschluss und Ermässigung der Haftung	304
A.	Ausschluss der Haftung (Entlastungsgründe)	304
B.	Ermässigung der Haftung	306
7.	Obligatorische Haftpflichtversicherung	307
A.	Versicherungsobligatorium	307
B.	Direktes Forderungsrecht des Geschädigten und Einredenausschluss	308
C.	Rückgriffsrecht des Versicherers	309
IV.	Kernenergiehaftpflicht (Art. 3 KHG)	309
1.	Wesen und Bedeutung	309
2.	Voraussetzungen	310
A.	Nuklearschaden	310
B.	Verursachung durch den Betrieb einer Kernanlage oder durch den Transport von Kernmaterialien	312
a.	Kernanlage	312
b.	Transport von Kernmaterialien	312
C.	Widerrechtlichkeit?	313
3.	Aktiv- und Passivlegitimation	313
A.	Aktivlegitimation	313
B.	Passivlegitimation	313
a.	Inhaber der Kernanlage	313
b.	Eigentümer der Kernanlage	314
c.	Inhaber einer Transportbewilligung	314
d.	«Kanalisation» der Haftpflicht	314
e.	Subsidiäre Ersatzpflicht des Bundes	315
4.	Ausschluss und Ermässigung der Haftung	316
A.	Ausschluss der Haftung	316
B.	Ermässigung	317
5.	Beschränkung der Rückgriffsrechte	317
6.	Obligatorische Haftpflichtversicherung	318
V.	Einführung eines generellen Gefährdungshaftungstatbestands?	319

4. TEIL: MEHRHEIT VON ERSATZPFLICHTIGEN (SOLIDARITÄT UND REGRESS)

Allgemeines zum 4. Teil	322
§ 10 Das Rechtsverhältnis zwischen den mehreren Ersatzpflichtigen und dem Geschädigten (sogenanntes Aussenverhältnis) – Grundsatz der Solidarität	323
I. Allgemeines	323
1. Solidarische Haftung mehrerer Ersatzpflichtiger im Interesse des Geschädigten	323
2. Zur Struktur der Solidarität; «echte» und «unechte» Solidarität	325
3. Gesetzliche Grundlagen der (passiven) Solidarität	328
II. Erscheinungsbilder der solidarischen Haftung mehrerer Ersatzpflichtiger gegenüber dem Geschädigten	328
1. Solidarität im Falle des «gemeinsam» verschuldeten Schadens (Art. 50 Abs. 1 OR)	329
A. Gemeinsame Schadensverursachung als Voraussetzung der Solidarität i.S.v. Art. 50 Abs. 1 OR	329
B. Gemeinsames Verschulden als Voraussetzung der Solidarität i.S.v. Art. 50 Abs. 1 OR	330
2. Solidarität im Falle der Haftung mehrerer Ersatzpflichtiger aus «verschiedenen» Rechtsgründen (sogenannte mehrtypische Solidarität)	331
A. Die in Art. 51 Abs. 1 OR <i>implizit</i> enthaltene Rechtsgrundlage der solidarischen Haftung aus «mehreren» Rechtsgründen	331
B. Unterschiedliche Kombinationen «verschiedener» Rechtsgründe	332
3. Solidarität im Falle der Haftung mehrerer Ersatzpflichtiger – unabhängig voneinander – aus dem «gleichartigen» Rechtsgrund (sogenannte eintypische Solidarität)	333
A. Analoge Anwendung von Art. 51 OR	333

B.	Fallgruppen	334
III.	Sonderproblem: Die Geltendmachung «persönlicher» Herabsetzungsgründe des belangten Solidarschuldners gegenüber dem Geschädigten	336
1.	Allgemeines	336
2.	Meinungsstand in Lehre und (bundesgerichtlicher) Rechtsprechung	337
A.	Die in der Lehre vertretenen Auffassungen	337
B.	Die Rechtsprechung des Bundesgerichtes	339
3.	Lösungsvorschlag de lege ferenda	339
4.	Abgrenzungen	340
§ 11	Das Rechtsverhältnis zwischen mehreren Ersatzpflichtigen unter sich (sogenanntes Innenverhältnis) – der Regress	343
I.	Allgemeines	343
1.	Funktion des Regresses	343
2.	Gesetzliche Bestimmungen über den Regress im ausservertraglichen Haftpflichtrecht	344
3.	Zur Rechtsstellung des Regressberechtigten	345
A.	Rechtsstellung des Regressberechtigten bei Unterscheidung zwischen «echter» und «unechter» Solidarität	345
B.	Rechtsstellung des Regressberechtigten <i>ohne</i> Unterscheidung zwischen «echter» und «unechter» Solidarität	346
II.	Erscheinungsbilder des Regresses unter mehreren Ersatzpflichtigen	347
1.	Regress unter mehreren Ersatzpflichtigen im Falle des «gemeinsam» verschuldeten Schadens (Art. 50 Abs. 2 OR)	347
A.	Regressregelung nach richterlichem Ermessen	347
B.	Beispiele richterlich festgelegter Regressquoten (interne Schadenstragung)	348

2.	Regress unter mehreren Ersatzpflichtigen im Falle ihrer Haftung aus «verschiedenen» Rechtsgründen (Regress bei sogenannter mehrtypischer Solidarität)	349
A.	Die durch Art. 51 OR vorgezeichnete Regressordnung	349
B.	Fallgruppen	350
3.	Regress unter mehreren Ersatzpflichtigen im Falle ihrer Haftung – unabhängig voneinander – aus dem «gleichartigen» Rechtsgrund (Regress bei sogenannter eintypischer Solidarität)	353
A.	Grundlage des Regresses	353
B.	Fallgruppen	354
III.	Exkurs: Die für den Privatversicherer geltende spezialgesetzliche Regressbestimmung von Art. 72 VVG	359
1.	Regress des Versicherers gegen den aus Delikt Haftpflichtigen	359
2.	Regress des Versicherers gegen den aus Vertrag Haftpflichtigen	362

5. TEIL: VERJÄHRUNG

§ 12	Einleitende Bemerkungen zur Verjährung	367
I.	Zur Bedeutung der Verjährung	367
II.	Gesetzliche Bestimmungen über die Verjährung ausservertraglicher Schadenersatzansprüche	368
III.	Verjährungsverzicht und Verzicht auf die Verjährungseinrede	369
IV.	Verjährung von Schadenersatz- und Genugtuungsansprüchen bei Vertragsverletzungen	371
1.	Verjährung der Ansprüche des direktgeschädigten Vertragspartners	371
2.	Verjährung der Ansprüche der Angehörigen des direktgeschädigten Vertragspartners	371

§ 13 Die einjährige und die zehnjährige Verjährungsfrist (Art. 60 Abs. 1 OR)	373
I. Die einjährige Verjährungsfrist (relative Frist)	373
1. Allgemeines	373
2. Fristbeginn	374
A. Kenntnis vom Schaden	375
B. Kenntnis des Ersatzpflichtigen	377
II. Die zehnjährige Verjährungsfrist (absolute Frist)	378
1. Allgemeines	378
2. Fristbeginn	379
A. Verschuldenshaftung	380
B. Kausalhaftungen	381
III. Das Verhältnis zwischen einjähriger und zehnjähriger Verjährungsfrist	383
§ 14 Anwendbarkeit strafrechtlicher Verjährungsfristen im ausservertraglichen Haftpflichtrecht (Art. 60 Abs. 2 OR)	385
I. Allgemeines	385
II. Voraussetzungen der Anwendung strafrechtlicher Verjährungsfristen	386
1. Strafbare Verhaltensweise	386
2. «Längere» Dauer der strafrechtlichen Verjährungsfrist	388
3. Sonderproblem: Anwendbarkeit strafrechtlicher Verjährungsfristen gegenüber «Dritten»	390
A. Die Berufung auf die «längere» strafrechtliche Verjährungsfrist im Falle einer Organhaftpflicht nach Art. 55 Abs. 2 ZGB	391
B. Die Berufung auf die «längere» strafrechtliche Verjährungsfrist gegenüber einem Haftpflichtversicherer	392

C.	Die Berufung auf die «längere» strafrechtliche Verjährungsfrist gegenüber den Erben des Schädigers	393
D.	Abgrenzung: Keine Anwendung der längeren strafrechtlichen Verjährungsfrist bei eigenem Fehlverhalten des «Dritten»	394
III.	Zum Verhältnis zwischen zivilrechtlichen und strafrechtlichen Verjährungsfristen	394
§ 15	Die Sonderbestimmung in Art. 60 Abs. 3 OR	397
§ 16	Verjährung der Forderung(en) des Regressberechtigten	399
	Sachregister	405